

«Es darf keine Verschuldung eintreten»

Staatshaushalt FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser kontert die VU und betont, dass gerade die Bürgerpartei für sinnvolles Sparen stehe und nimmt die Regierungschef erneut in die Pflicht.

VON HEINZ ZÖCHBAUER
«Volksblatt»: Herr Kaiser, im November-Landtag steht die Finanzplanung und Budgetdebatte im Mittelpunkt. Das Staatshaushalts-Sanierungsziel 2015 scheint aufgrund Aussagen des Regierungschefs nicht erreichbar zu sein.

Johannes Kaiser: Blenden wir kurz zurück. Im Frühjahr 2009 trat Regierungschef Klaus Tschütscher mit dem Ausspruch an «Sparen ohne Tabus». Es dauerte dann bis Sommer 2010, bis der Regierungschef dem Landtag ein beabsichtigtes Sparpaket vorlegte. Das Reduktionsziel der Ausgaben der Staatshaushalts definierte er mit 160 Millionen Franken. Nachdem die Jahresrechnung 2010 wider Erwarten wesentlich besser als budgetiert ausfiel, reduzierte Tschütscher das jährliche Sparziel für die folgenden Jahre bis 2015 kurzerhand und in Form eines unüberlegten Schnellschusses auf 135 Millionen Franken.

Jetzt – ein gutes Jahr später – kündigte er die Notwendigkeit eines Sparpakets Nr. 2 auf Frühjahr 2012 an und stellt auch Steuererhöhungen in Aussicht. Was ist das für eine Staatsführung? Es braucht kein zweites Sparpaket. Viel eher ist der Regierungschef angehalten, bei seinen Aussagen zu bleiben und mit den Sparzielen nicht auf diese unseriöse Weise zu spielen. Der Regierungschef muss einfach das Sparziel umsetzen, das er 2010 festlegte, nämlich eine Ausgabenreduktion um 160 Millionen Franken. Der entsprechenden Bericht und Anträge wären dem Landtag dazu baldmöglichst vorzulegen.

Die VU erhebt immer wieder den Vorwurf, dass die FBP die Sparmassnahmen nicht mittrage. Stimmt das oder hat die VU mit dem Wahlkampf begonnen? Bezüglich Wahlkampf konnte sich während der letzten Wochen jeder aufmerksame Beobachter selbst ein Bild machen. Was da teilweise produziert wurde, war ungeheuerlich. Wenn wir die Fakten betrachten, war es doch die FBP, die die Regierung immer wieder aufforderte,

dem Landtag raschmöglichst ein Paket mit Sparmassnahmen vorzulegen. Wir sind der festen Überzeugung, dass für Liechtenstein ein ausgewogener Staatshaushalt eine zentrale Basis bildet und keinesfalls eine Verschuldung eintreten darf. Deshalb erschien die Zeitspanne der Umsetzung der Sparziele bis 2015, welche sich der Finanzminister einräumte, als sehr lang bemessen. Fakt ist, die FBP hat alle Sparvorlagen entgegen den Aussagen der VU mitgetragen.

Aber die FBP hat im Landtag Anträge gestellt und Vorstösse eingebracht, die insbesondere den Mittelstand entlasten sollten.

Man kann nicht mit dem Rasenmäher stur über alles drüberfahren. Auch wenn man sich im eng bemessenen Sparkorsett befindet, ist es ein dringendes Erfordernis, dass Augenmass angewendet wird und Sparmassnahmen ernsthaft geprüft und mit übergeordneten Zielen abgestimmt werden. Die Demografie-Problematik scheint für Regierungschef Klaus Tschütscher fatalerweise keine Thematik zu sein. Mit anderen Worten, er blendet die demografische Entwicklung völlig aus, was zu kurzfristigen Einsparungen führen kann, jedoch keine Nachhaltigkeit aufweist. Dies ist gegenüber künftigen Generationen nicht verantwortungsvoll. Umso unverständlicher ist es zudem, wenn Regierungschef Tschütscher auf der anderen Seite einen IWF-Beitritt von 50 Millionen Dollar mit unvorhersehbaren Folgekosten favorisiert und dem IWF beitreten will.

«Wir brauchen keinen Beitritt zum IWF für 50 Millionen Dollar.»

Was meinen Sie konkret unter Demografie-Problematik?
Wie wir alle wissen, nimmt in Zukunft die ältere Bevölkerung enorm zu und der Nachwuchs gleichzeitig ab. Daraus resultiert eine enorme gesellschaftliche Umwälzung, die auf die verschiedensten Lebensbereiche massive Einwirkungen haben wird: Auf das Gesundheitswesen, auf die Wirtschaft, Arbeitsplätze, Altersvorsorge, auf das Sozialwesen allgemein usw. Ein zentrales Element in der demografischen Entwicklung bildet die Familie. Dass Familien mit Kindern, insbesondere mit mehreren Kindern, infolge von Sparmassnahmen und zusätzlich stets höheren Lebenskosten mit einschneidenden Nachteilen zu kämpfen haben, kann nicht das Ziel sein.

Was kann die Politik da tun?



FBP-Fraktionssprecher Johannes Kaiser: «Die Politik muss darauf hinarbeiten, dass die Familie ins Zentrum gestellt wird und Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche Familien mit Kindern fördern.» (Foto: Michael Zanghellini)

Die Politik muss darauf hinarbeiten, dass die Familie ins Zentrum gestellt wird und Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche Familien mit Kindern fördern. Die Anträge der FBP im Landtag zielen darauf ab, Familien mit geeigneten Massnahmen zu stärken, sei dies mit unserem Postulat über die Förderung des Wohnungsbaus oder den konkreten finanziellen Entlastungen für Familien, die durch die Erziehungsarbeit zusehends täglichen zusätzlichen

Dieselbe passive Haltung nimmt die VU bei der AHV ein. Auch eine urdemografische Ausgangslage?

Die stets grösser werdende finanzielle Belastung für Familien führt zu weniger Kindern und längerfristig zu weniger Einzahlern in die AHV, wobei die Anzahl der AHV-Bezüger gleichzeitig massiv steigt. Die Regierung beantragte kürzlich im Landtag lediglich eine Plafonierung des Staatsbeitrages an die AHV, zeigte jedoch keine Lösung auf, wie die Altersrente in Zukunft für die nächste Generation gesichert werden kann. Der Antrag der FBP fordert nichts anderes, als die AHV so auszugestalten, dass unsere Enkel auch einmal eine AHV erhalten und die Altersrente für sie gesichert ist. Es geht der Bürgerpartei um eine nachhaltige Reform der AHV, die der demografischen Entwicklung standhält. Alles andere ist in höchstem Grade fahrlässig.

Kommen wir nochmals zurück zum Staatshaushalt: Ausgaben sind die eine, Einnahmen die andere Seite. Man spricht jedoch nur vom Sparen.
Die FBP hat Regierungschef Klaus Tschütscher schon mehrmals aufgefordert, Perspektiven betreffend

neuen Einnahmequellen darzulegen. Wenn vom Regierungschef nur noch auf den Sparhebel gedrückt wird, bis keine Investitionen mehr getätigt werden, gleitet Liechtenstein in eine verheerende Misstimmung, die sich auf andere Bereiche auswirkt. Dann haben wir eine unmittelbare Bedrohung des Gewerbes, der KMU; auch Arbeitsplätze sind in Gefahr. Deshalb wäre es dringend notwendig, wenn seitens der Regierung – und dies ist eine zentrale Führungsaufgabe des Regierungschefs – Visionen, Ziele und Perspektiven aufgezeigt und in die Wege geleitet werden, die Liechtenstein als Wirtschafts- und Lebensstandort eine neue Attraktivität und Ausstrahlungskraft geben. Regierungschef Tschütscher macht stattdessen genau das Gegenteil: Er stellt Steuererhöhungen in Aussicht, der VU-Fraktionssprecher unterstützt eine Erhöhung der Mindestertragssteuer. Tiefe Steuern sind jedoch ein wesentliches Element für Wirtschaftswachstum, die zusammen mit anderen zukunftsweisenden Massnahmen – z. B. wertschöpfungsreiche Ansiedlungsakquisition – in Zukunft Arbeitsplätze und Einkommen für Familien schafft und sichert. Diese Wahrnehmung dieser Führungsaufgabe wäre seitens des Regierungschefs dringend notwendig.

«Wir brauchen eine nachhaltige Reform der AHV – alles andere wäre fahrlässig.»